

Christentum und Arbeit

SOZIALE PARTNERSCHAFT ALS ANTWORT AUF DIE NEUEN HERAUSFORDERUNGEN
IN WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Es gilt das gesprochene Wort!

Es wäre wünschenswert, dass die Herausforderung der Abfassung „einer Agenda der Hoffnung für die Zukunft des Landes“ in Italien die besten Akteure mobilisiert. Im Laufe der Geschichte haben Christen, aber auch nicht nur sie, mehrmals das Bedürfnis verspürt, sich eine Agenda vorzunehmen, d.h. ein Werkzeug zum Zweck, eine „langfristige Aussicht“ und zugleich die täglichen Bemühungen und den täglichen Einsatz zusammenzuhalten. Zahlreiche Anlässe legen die aus der Entkopplung dieser beiden Momente entstehenden Gefahren offen: einerseits droht ein Abrutschen in einen aussichtslosen und zuweilen leeren Pragmatismus und andererseits das Festhalten an der Ausmalung von Zukunftsszenarien und die Unfähigkeit, mit „Gottes heutigem Alltag“ fertig zu werden.

Die heutige Herausforderung besteht jedoch nicht in der Formulierung einer „x-beliebigen Agenda“, sondern eher einer „Agenda des Neubeginns und des Wachstums“. „Im Laufe der Auseinandersetzung konnte man eine weit verbreitete Ansicht beobachten: Italien hat es nötig, von neuem zu beginnen und weiterhin zu wachsen. Kardinal Angelo Bagnasco hatte im November 2009 diese Ansicht so zusammengefasst und ausdrücklich mit der Verantwortung eines jeden für das Gemeinwohl verbunden: «dieses Land muss wieder wachsen, weil das die wesentliche Voraussetzung für eine Sozialgerechtigkeit ist, die die Verhältnisse in Unteritalien, einer verunsicherten Jugend, der Alleinverdiener bessern soll. (...) Für dieses Werk der Liebe zu Italien ist jedermann gefordert: es ist eine ernste Verant-

wortung, die alle betrifft, insbesondere die zahlreichen Träger politisch-verwaltungsmäßiger, wirtschaftlich-finanzieller, gesellschaftlicher, kultureller und informationsbezoglicher Verpflichtungen» (Vorbereitungsdokument für die 46. Sozialwoche der Italienischen Katholiken, S. 11).

Diese Herausforderung erscheint noch bedeutsamer, wenn man sie in ein globales Szenario einbezieht, das in einem besonders zweideutigen Licht erscheint, zumal sich für einige die Chancen mehren, während für andere sich Beschränkungen und Ungleichheiten festigen. In diesem Umfeld stellt uns Benedikt XVI. „klar die Verantwortung vor Augen, die neuen, durch diesen planetarischen Druck verursachten Chancen zu ergreifen. «Nächstenliebe und Wahrheit erlegen uns eine ungewöhnliche und schöpferische, doch sicherlich eine sehr weitläufige und komplexe Aufgabe auf. Es geht darum, die Vernunft auszudehnen und sie in die Lage zu versetzen, diese neue großartige Dynamik zu erfassen und auszurichten» (CV 33). Somit sind wir dazu aufgefordert, «neue Gedankengänge anzustellen» und «neue Energien hervorzubringen» (CV 78), eine «durch Wirklichkeitsnähe gekennzeichnete Beurteilung» vorzunehmen (CV 21), und «uns neue Lösungen auszudenken» (CV 32).

Wiederum haben wir «neue Dinge» vor uns (CA 11), die wir erkennen sollen und unter denen wir die Wahrheitswege der Liebe mit Wirklichkeitssinn, Mut und Großzügigkeit suchen sollen...“ (Vorbereitungsdokument, S. 4).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

GIORGIO SANTINI

www.kas.de

www.kas.de/italien

Die „neuen Dinge“ in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft

Es gibt viele „neuen Dinge“ in unserer Zeit, die jene Grundlagen zutiefst in Frage stellen, auf denen die Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des gesellschaftlichen Zusammenhalts Europas aufbauen und die den Ausblick in die Zukunft begründen.

Insbesondere sind es zwei heikle Fragen, die der Gewerkschaft zu schaffen machen.

Die erste Herausforderung ergibt sich aus der Tatsache, dass mittlerweile das unmittelbare Verbindungsglied zwischen Entwicklung und Arbeit zerrissen ist, und dieses Phänomen besteht schon seit einiger Zeit und wurde letzthin durch die noch anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise noch weiter ausgeprägt. An zweiter Stelle kommt hinzu, dass sich die Krise schwerwiegend im öffentlichen Etat niederschlägt, indem sie einen jähen Anstieg der Staatsverschuldung verursacht und die Sozialleistungen herabdrückt, wodurch sich eine schwere, wesentliche Gefährdung für den Sozialschutz der Bürger einstellt.

Beide Tendenzen sind rau, doch nicht zeitweilig und werden noch zumindest mittelfristig anhalten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene eine neue Reaktionsfähigkeit aufzubringen, um die entsprechenden Auswirkungen einzudämmen und auch in diesem neuen, sicherlich tückischen Kontext die Bedingungen zu sichern, die ein angemessenes Ausmaß und eine angemessene Beschaffenheit der Entwicklung und der Beschäftigung ermöglichen.

Der Wiederaufschwung von Entwicklung und Arbeit

Im Hinblick auf Wirtschaft und Arbeit stellt sich die Aufgabe äußerst schwierig dar, zumal die Finanzwirtschaft gescheitert ist, an deren Stelle insbesondere in der westlichen Welt noch keine neue „Realwirtschaft“ treten kann, die auf der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen basiert, und nicht auf der Spekulation.

Diese Ungewissheit, die derzeit besonders in Europa herrscht, und zugleich die Geschwindigkeit und Intensität, mit denen die Entwicklung in anderen Erdteilen (z.B. in den BRIC-Ländern) Fuß fasst, verursachen die großen Schwierigkeiten, denen wir gerade ausgesetzt sind: geringe jährliche Zuwachsraten zwischen 0 und 1%, Anstieg der Arbeitslosigkeit, die in Europa nahezu 10% beträgt (und in Italien lediglich wegen der Ausdehnung der Sozialabfederung mit Beibehaltung des Arbeitsverhältnisses weniger stark ausgeprägt ist), allgemeine Schwierigkeit neue Beschäftigungschancen zu eröffnen, wobei die jüngeren Generationen besonders stark betroffen sind.

Um dieser äußerst harten Herausforderung gerecht zu werden, benötigt man einschneidende und koordinierte politische Maßnahmen, die jeder Einzelstaat einleiten sollte, die jedoch vorrangig auf europäischer Ebene beschlossen werden sollten, insbesondere auf dem Gebiet der Industrie- und Entwicklungspolitik, und zwar mit einem neuen Ausblick auf die besondere Förderung der Innovation in der Produktion durch die Förderung der Forschung auf dem Gebiet der neuen Energiequellen, der neuen Materialien. Dabei sollte der Qualitätsgrad angehoben werden, um die Falle des Kostendumpings zu vermeiden, die eine Verarmung der europäischen Industrielandschaft zugunsten der Verlagerung in die neuen Produktionsstandorte der östlichen, aufkommenden Wirtschaften zur Folge hat.

Auf Landesebene haben trotz der akuten Phase der politischen Instabilität die Sozialpartner eine Reihe von Vorschlägen zum Thema der politischen Möglichkeiten für einen allgemeinen Wiederaufschwung der Entwicklung und der Produktivität erarbeitet, die nun im Wesentlichen von der Regierung sowie von den dezentralen Institutionen aufgrund ihrer Zuständigkeiten wahrgenommen und umgesetzt werden sollten. Es geht um die Förderung von Infrastrukturen und Investitionen insbesondere in Forschung und Innovation, um die Überwindung der Abhängigkeit von den Energiequellen, um die Vereinfachung und Rationalisierung der verwaltungsmäßigen Auflagen, um die Herabsetzung der die Arbeit und die

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

GIORGIO SANTINI

www.kas.de

www.kas.de/italien

Investitionen belastenden Steuerlast, um die Anwendung neuer Tarifverhandlungsverfahren im Hinblick auf neue Investitionen und weitere Beschäftigung, um die Förderung der Entwicklung Unteritaliens auf neuen Grundlagen. Dabei sollten insbesondere die Führungskräfte des Landes und der Regionen zum Einsatz aufgerufen werden, damit sie im Hinblick auf Entwicklung und Arbeit die Verwendung der heute jämmerlich vernachlässigten nationalen und europäischen Fonds optimieren.

Hinsichtlich der Arbeitspolitik sollte die so genannte Flexicurity endlich und vollständig unter Beachtung der besten in Europa gesammelten Erfahrungen umgesetzt werden. Dabei sollte die Fähigkeit bewahrt werden, Rechte und Schutzmaßnahmen der Arbeiter dynamisch nezugestalten, und zwar in einem auf sehr lange Sicht festgelegten Kontext von Flexibilität und Wandelbarkeit.

Das bedeutet soviel wie viele geschichtliche Entwicklungen der Bewegung der Arbeitnehmergewerkschaften neu zu deuten: soziale Abfederungsmaßnahmen sollten auf alle bedürftigen Arbeiter ausgedehnt werden. Das erfordert von allen Beteiligten eine Gegenseitigkeit, und gleichermaßen sollten die fraglichen Empfänger zu einem aktiven Einsatz im Sinne einer beruflichen Umschulung und einer baldigen Bereitschaft zur Wiedereinstellung angehalten werden.

Hinsichtlich der Verträge sollte die Rhetorik der Unveräußerlichkeit abstrakt aufgefasster Rechte aufgegeben werden. Demgegenüber sollten die besten Energien aller Gebiete zum Tragen kommen, damit insbesondere die Voraussetzungen für den Erhalt und die Entwicklung der wirtschaftlichen und produktiven Aktivitäten bestimmt werden, die die Verhandlung hinsichtlich der angemessenen Rechte und Schutzmaßnahmen zugunsten der Arbeiter ermöglichen. Die jüngsten Ereignisse in Zusammenhang mit den Investitionen von Fiat in Pomigliano beweisen, dass man angesichts einer im Wandel begriffenen Welt nicht unbedingt auf der Triftigkeit der eigenen Auffassungen bestehen darf; vielmehr sollte man zum Aufbruch bereit sein und die unumgänglichen Bedürfnisse der Arbeiter mit den Be-

dingungen vergleichen, unter denen diese konkret erfüllt werden können. Eine Anpassung der vertraglichen Instrumente sollte auch unter Annahme der erforderlichen Abweichungen erfolgen, wie es 2009 bei der Reform der Tarifverträge in Italien geschah: Diese stellte eine regelrechte Wasserscheide in den gewerkschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern dar, die auf der Entwicklung der dezentralen Verhandlung, auf dem Zusammenhang zwischen Lohn und Produktivität, auf der Herabsetzung der Konflikttendenz und der Stärkung der Beteiligung sowie auf erweiterten Erfahrungen der Bilateralität basierten.

Ein neuer Wohlfahrtsstaat für den sozialen Zusammenhalt

Die Herausforderung des Wohlfahrtsstaats ist möglicherweise noch anspruchsvoller, zumal sich in dieser Hinsicht zwei Tendenzen verknüpfen, die die gegenwärtige Krise kennzeichnen: der Entwicklungstrend einerseits und die schwerwiegende Lage des Staatshaushalts mit der Notwendigkeit der Herabsetzung des Schuldenbergs andererseits.

Die Bedeutsamkeit des sozialen Zusammenhalts erfordert die Wahrung der sozialen Rechte sowie offensichtlich den Einsatz aller Betroffenen zur Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen. Erforderlich sind strenge und selektive Politikmaßnahmen hauptsächlich zur Verringerung der nutzlosen, unergiebigsten öffentlichen Ausgaben, insbesondere dort wo die entsprechenden mittelvergeudenden Entscheidungen auf Vorrechte zurückzuführen sind, die mit der Bildung von politischen und wirtschaftlichen Rentenblöcken einhergehen. Dafür gibt es jedoch keine Alternative – hier ist die Zukunft des Wohlfahrtsstaats auf dem Spiel und es sind weder Zweideutigkeiten noch Zögerungen möglich.

Übrigens kann nach Amartya Sen's Theorie ein solcher als Anbieter sozialer Chancen aufgefasster Wohlfahrtsstaat selbst zu einem Faktor wirtschaftlicher und beschäftigungsmäßiger Entwicklung werden. Unter den noch zu entdeckenden und rasch aus

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

GIORGIO SANTINI

www.kas.de

www.kas.de/italien

der Grauzone der Schwarzarbeit herauszuführenden Beschäftigungsgelegenheiten gibt es die so genannten. White Jobs, d.h. die weit gefächerten, mit der Personenpflege verbundenen Berufe, deren Liste von der Kinderpflege bzw. –erziehung über die gesamte Palette des Gesundheitsdienstes bis zur Seniorenpflege reichen. Insbesondere die Seniorenpflege kann zu einer erheblichen Wertschöpfung im Hinblick auf die Beschäftigung beitragen, wenn es gelingt, koordinierte Politikmaßnahmen zur steuerlichen Entlastung der bedürftigen Familien zu tätigen und zugleich die betreffenden Arbeiter vertraglich und beruflich zu regeln, wie es die entsprechenden positiven Erfahrungen in anderen Ländern Europas eindeutig beweisen. Auch in Italien sollte möglichst bald ein solches soziales Projekt zur konkreten Unterstützung der Familien realisiert werden.

Die soziale Marktwirtschaft stellt also einerseits eine glaubwürdige Lösung dar, doch andererseits ist sie im Hinblick auf die Neugestaltung der organisatorischen Praxis und des Ansatzes der Dienstleistungen sehr anspruchsvoll. Diese bestehen nicht nur aus rein pflegerischen (und somit unmittelbar kostengebundenen) Leistungen, sondern können auch wirtschaftlich relevant sein und folglich auf Wertschöpfung ausgerichtet werden, wenn sie die wirtschaftlichen Qualitäts- und Konkurrenzfähigkeitsanforderungen erfüllen – unter diesen Voraussetzungen fallen sie nicht unter das öffentliche Monopol, sondern können sich bei Befolgung eines vorgegebenen Regelwerks und bestimmter Qualitätsstandards in verschiedenen Formen der privaten und gemischten Wirtschaft artikulieren.

Zur Behebung der Schieflage der öffentlichen Ausgaben und deren besseren Qualifizierung in gesellschaftlicher Hinsicht sollte auch in unserem Lande unverzüglich eine Steuerreform eingeführt werden, deren Ziel es ein sollte, einerseits das zur Finanzierung des öffentlichen Haushalts notwendige Steueraufkommen aufrechtzuerhalten und andererseits die Steuerlast auf Steuerzahler umzuverteilen, die heute weniger zahlen als sie sollten und beinahe die gesamte Steuerlast auf den Schultern der Familien der Ar-

beitnehmer und Rentner belassen. Anders lässt sich die typisch italienische Misslage der Steuerhinterziehung von über 120 Milliarden nicht erklären, die jüngst vom Gouverneur der Banca d'Italia, Mario Draghi, als regelrechte „soziale Schlächtereier“ bezeichnet wurde, gegen die man gemeinsam auf allen Fronten ankämpfen sollte: vom repressiven Widerstand über die Änderung der Bestimmungen, die die Hinterziehung an der Quelle verhindern, bis zur höheren Besteuerung der Güter des gehobenen Verbrauchs, der Vermögensgüter, der Finanzgeschäfte und –renten, um Familien und Arbeit steuerlich zu entlasten und die Entwicklung zu fördern.

Der wirkliche Prüfstein eines dezentralen Steuerwesens besteht gerade darin, einerseits durch eine Verallgemeinerung der Standardkosten eine höhere Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu sichern und andererseits eine bessere Steuergerechtigkeit herbeizuführen, um durch die Beseitigung der Steuerhinterziehung und der bisherigen Ineffizienz Mittel zur Unterstützung von Einkommen, Arbeit und Entwicklung zur Verfügung zu stellen.